

Die Reform des polnischen Strafrechts

Von Dr. Ewa Weigend, Referentin am Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i. Br.

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des polnischen Strafgesetzbuchs aus dem Jahre 1969¹ ist schon seit einiger Zeit in der polnischen Strafrechtslehre unumstritten². Über die ständige willkürliche Verschärfung der geltenden Gesetze sowie über die repressive Kriminalpolitik seit Verhängung des Kriegsrechts im Jahre 1981 ist bereits mehrfach berichtet worden³. Dabei wurde deutlich, daß das typische Merkmal der polnischen Strafgesetzgebung der achtziger Jahre, die permanente Verschärfung der strafrechtlichen Repression⁴, Folge einer langfristig angelegten Kriminalpolitik⁵ ist.

Gegen diese repressiven Tendenzen in Strafgesetzgebung und Kriminalpolitik setzt sich die polnische Strafrechtswissenschaft seit langem zur Wehr. Sie zeigt die Ineffektivität, soziale Schädlichkeit und Rückständigkeit des verschärften Strafrechts auf und versucht

¹ Vgl. Kodeks karny (StGB), Gesetz vom 19. 4. 1969 (Dz. U. — Gesetzblatt — 1969, Nr. 13, Pos. 94 mit späteren Änderungen).

² Vgl. die kritischen Referate zur Strafrechtspraxis von Buchala, Cieślak, Doda, Michalski, Ratajczak, Tarnawski, Śliwowski und Świda, in: Zeszyty Naukowe Instytutu Badań Prawa Sądowego (ZNIBPS), 1978, Nr. 9.

³ Vgl. Weigend, Landesbericht Polen, in: Eser/Huber (Hrsg.), Strafrechtsentwicklung in Europa 1982/1984, 1985, S. 572; dies., in: Eser/Huber (Hrsg.), Strafrechtsentwicklung in Europa 1984/1986, 1988, S. 1172, 1196 f.; Weigend/Zielińska, Zeitgesetze im polnischen Strafrecht (im Druck).

⁴ Vgl. die Strafgesetze vom 10. 5. 1985 (Dr. U. 1985, Nr. 23, Pos. 100 und 101). Zur Analyse dieser Gesetze Weigend, in: Eser/Huber (Hrsg.), Strafrechtsentwicklung in Europa 1984/1986, 1988, S. 1174 ff.

⁵ Vgl. dazu die neueste Analyse von Jasiński, Tendencje polityki karnej w latach osiemdziesiątych (na przykładzie 1982 i 1986 r.) (Tendenzen der Kriminalpolitik in den achtziger Jahren anhand der Jahre 1982 und 1986), Państwo i Prawo 1988, Nr. 6, S. 25; sowie Bienkowska/Skupiński, Ustawy karne z 10 maja 1985 w praktyce. Na przykładzie orzecznictwa sądów rejonowych (Die Strafgesetze vom 10. Mai 1985 in der Praxis. Anhand der Rechtsprechung der Kreisgerichte), Państwo i Prawo 1988, Nr. 2, S. 70 mit weiteren Nachweisen; Ratajczak, Uwagi o ustawie o szczególnej odpowiedzialności karnej z 10. 5. 1985 (Bemerkungen zu dem Gesetz über besondere strafrechtliche Verantwortung vom 10. 5. 1985), Państwo i Prawo 1987, Nr. 8, S. 34; Buchala, Zmienić filozofię polityki karnej (Die Philosophie der Kriminalpolitik ändern), Gazeta Prawnicza Nr. 2 vom 16. 1. 1988 und Nr. 3 vom 1. 2. 1988.

mit statistischen Belegen sowie wissenschaftlichen Argumenten, dem Gesetzgeber die Verfehltheit seiner Kriminalpolitik und die durch das repressive Strafrechtssystem verursachten gesellschaftlichen Schäden vor Augen zu führen⁶. Ob es diese Kritik von Seiten der Wissenschaftler war, die in Polen zu einem Kurswechsel in der Bewertung der Strafrechtspolitik geführt hat, oder die in Polen auf verschiedenen Ebenen anlaufenden allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse oder die Erkenntnis der Machthaber, daß ein allzu repressives Strafrecht in der Gesellschaft nicht durchsetzbar ist, kann von hier aus nicht festgestellt werden. Jedenfalls erfährt die derzeit in Polen in Vorbereitung befindliche umfangreiche Strafrechtsreform⁷ breite soziale, wissenschaftliche und propagandistische Unterstützung⁸.

Durch die Verordnung Nr. 16 vom 14. Mai 1987 des Vorsitzenden des Ministerrates wurde eine Strafrechtsreformkommission ins Leben gerufen. In der Kommission arbeiten unter der Leitung des Krakauer Strafrechtsprofessors Kazimierz Buchała 67 Wissenschaftler und Praktiker in vier Arbeitsgruppen für Strafrecht, Militärstrafrecht, Strafprozeßrecht und Strafvollzugsrecht. Bezeichnenderweise überwiegen die Praktiker im Verhältnis 37 zu 30. Dies ist von Bedeutung, da die Mehrheit der Vertreter der Rechtspflege den positiven Reformdrang von Wissenschaft und Lehre durch pragmatische, den gegenwärtigen Rechtszustand konservierende Entscheidungen zu behindern sucht. Insbesondere die Vertreter des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaft unterstützen, wie auch die Abstimmungsergebnisse belegen, diese Tendenz. Davon ausgenommen ist nur die sehr fortschrittlich eingestellte polnische Anwaltschaft.

Zu den Hauptaufgaben der Reformkommission gehört die Erarbeitung von Änderungsentwürfen zum Strafgesetzbuch, zur Strafpro-

⁶ Siehe die Beiträge zur Kriminalpolitik in Państwo i Prawo 1988, Nr. 3, S. 132 f., sowie die in Anm. 5 genannten Autoren.

⁷ Der „reformatorische Geist“ des Jahres 1987 hat im übrigen nicht nur das Strafrecht, sondern viele andere Rechtsgebiete, z. B. das Verfassungs-, Zivil-, Arbeits- und Umweltrecht erfaßt.

⁸ Vgl. dazu die in den renommierten juristischen Zeitschriften Państwo i Prawo, Nowe Prawo, Palestra und Gazeta Prawnicza regelmäßig erscheinenden ausführlichen Beiträge von Wissenschaftlern und Praktikern zu den reformbedürftigen Aspekten des Straf-, Strafprozeß-, Strafvollzugs- und Übertretungsrechts. Eine lebhafte Reformdiskussion findet auch in allgemeinen politischen Zeitschriften, wie z. B. Polityka und Rzeczpospolita, statt. Vgl. z. B. Podemski, Amatorzy z władzą karania (Amateure mit der Macht zu bestrafen), Polityka 1988, Nr. 17, S. 3; Wojciechowski, Wymiar niesprawiedliwości (Unrechtsprechung), Polityka 1988, Nr. 45, S. 6; Podemski, Spór o areszt (Der Streit um die Untersuchungshaft), Polityka 1988, Nr. 46, S. 3.

zeßordnung und zum Strafvollzugsgesetz, die Inhalt einer komplexen⁹ Strafrechtsreform werden und dem neuen polnischen Strafrecht „moderne juristische Lösungen, größere Effektivität sowie die notwendige Stabilität“ bringen sollen¹⁰.

Den Schwerpunkt der folgenden Ausführungen bildet die Erläuterung der von der Strafrechtsreformkommission Mitte des Jahres 1988 vorgelegten „Grundsätze der Strafrechtsreform“¹¹. Inwieweit dieser erste Entwurf die bürokratischen Instanzen des Gesetzgebungsapparates unverändert durchlaufen wird und welche Vorschläge letztendlich in geltendes Recht umgesetzt werden, läßt sich zur Zeit noch nicht voraussagen. Trotzdem ist auch schon dieser Entwurf für den deutschen Leser von Interesse, da er einen weiten Bereich der lebhaften wissenschaftlichen Diskussion über das neue Strafrechtsmodell widerspiegelt. Der besondere Wert des Entwurfs liegt darin, daß er nicht nur eine Reihe progressiver und der modernen Kriminalpolitik verpflichteter Lösungen vorsieht, sondern daß auch überall dort, wo die Reformkommission keinen Konsens finden konnte, die voneinander abweichenden Vorschläge aufgenommen wurden. Da auch die entsprechenden Abstimmungsergebnisse mitgeteilt werden, gibt der Entwurf darüber Aufschluß, in welche Richtung sich die gegenwärtige polnische Strafrechtsreform möglicherweise bewegen wird.

⁹ Schon 1980/1981 war in Polen eine Strafrechtsreform vorbereitet worden, die aber aufgrund der politischen Ereignisse des Winters 1981 nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Genaue Angaben über den Inhalt der Projekte von 1980/1981 finden sich bei Cieślak, Zagadnienie reformy prawa karnego (Die Problematik der Strafrechtsreform), Palestra 1988, Nr. 5, S. 43. Die gegenwärtige Strafrechtsreform soll zwar umfassender ausfallen, sie ist aber trotzdem, wie Buchała ausdrücklich betont, als Fortsetzung der Reform des Jahres 1981 anzusehen. Die gegenwärtige Reform kann auf einer Reihe von interessanten, wenn auch nicht unumstrittenen Lösungsvorschlägen in den StGB-Entwürfen von 1981 (zwei sogenannte „soziale“ und ein Ministerialentwurf) aufbauen. Vgl. Buchała, Gazeta Prawnicza 1988, Nr. 2, S. 1. Unter „Komplexität“ der neuesten Arbeiten wird die Einbindung der Strafrechtsreform in die Verfassungsreform verstanden; siehe hierzu Buchała/Kubicki, Zasady odpowiedzialności karnej w przyszłej konstytucji (Die Grundsätze der strafrechtlichen Verantwortung in der zukünftigen Verfassung), Państwo i Prawo 1987, Nr. 10, S. 147; Waltoś, Proces karny w przyszłej konstytucji PRL (Der Strafprozeß in der zukünftigen Verfassung der Polnischen Volksrepublik), Państwo i Prawo 1988, Nr. 10, S. 3.

¹⁰ Vgl. die Verordnung des Vorsitzenden des Ministerrates vom 14. 5. 1987.

¹¹ Dieser Änderungsentwurf zum Strafgesetzbuch war zum Zeitpunkt der Bearbeitung des vorliegenden Aufsatzes noch nicht veröffentlicht. Sein Text stand der Verfasserin jedoch zur Verfügung und ist allgemein zugänglich. Im weiteren zitiert als: Entwurf 1988.

I. Allgemeine Grundlagen der Strafrechtsreform

Die Reformkommission muß von der Tatsache ausgehen, daß die Kriminalpolitik Polens in den letzten Jahren zu den strengsten in Europa gehört. Die Gefangenenerate war im Juni 1988 mit 265 Inhaftierten pro 100 000 Einwohner in Relation zu der vergleichsweise niedrigen Kriminalitätsrate von 1 350 Tätern pro 100 000 Einwohner erstaunlich hoch¹². Hierfür gibt es verschiedene Gründe, in erster Linie die auch im Bereich der mittleren Kriminalität sehr häufige Verhängung von Freiheitsstrafen, die nicht zur Bewährung ausgesetzt werden¹³. 1987 machten solche Freiheitsstrafen 30 % aller Verurteilungen aus; die Haftdauer betrug im Durchschnitt zwei Jahre und drei Monate. Hinzu kommt ein hoher Anteil von Ersatzfreiheitsstrafen und -arresten für uneinbringliche Geldstrafen und nicht vollzogene Freiheitsbeschränkungsstrafen¹⁴. Das praktische Problem der Gefängnisüberfüllung, das die Verwirklichung von Resozialisierung verhindert, haben die polnischen Kriminalpolitiker durch häufige Amnestien¹⁵ zu lösen versucht, wodurch das ohnehin schon konzeptlose Strafrechtssystem mit weiteren Unsicherheiten und Widersprüchen belastet wurde. Gerade vor dem Hintergrund, daß Polen, wie die Strafrechtsreformkommission bestätigt¹⁶, zu den Ländern mit der niedrigsten Kriminalitätsrate¹⁷ zählt, erscheint diese Art von Kriminalpolitik gänzlich unbegründet.

Das erklärte Ziel der Strafrechtsreformkommission ist es, die Widersprüche in der gegenwärtigen Kriminalpolitik zu beseitigen sowie die Strafverfolgung zu rationalisieren und zu humanisieren und dadurch ihre negativen sozialen und ökonomischen Auswirkungen einzuschränken. Das Strafrechtssystem soll wieder mit dem Gerechtigkeitsgefühl in Übereinstimmung gebracht und liberalisiert, die Menschenrechtsgarantien sollen verstärkt werden. Solche Deklara-

¹² Interessanterweise nennt die Kommission selbst die Kriminalitäts- und Gefangenenerate; Entwurf 1988, S. 3. Diese weichen von den sonst veröffentlichten Werten in vielen Punkten ab. Vgl. z. B. *Majewski*, Jaka reforma prawa karnego (Was für eine Strafrechtsreform?), *Palestra* 1988, Nr. 5, S. 34; *Jasiński* (Anm. 5), S. 36.

¹³ Vgl. *Buchala*, *Gazeta Prawnicza* 1988, Nr. 2, S. 1.

¹⁴ Entwurf 1988, S. 4.

¹⁵ Vgl. z. B. *Weigend*, Das polnische Amnestiegesetz von 1984, *JZ* 1984, 1090. Seit 1980 wurden vier Amnestiegesetze erlassen (1981, 1983, 1984, 1986).

¹⁶ Entwurf 1988, S. 4.

¹⁷ Zur neuesten polnischen Kriminalstatistik (1982 und 1986) vgl. *Jasiński* (Anm. 5), S. 30 ff. Die Problematik der angeblichen „Verbrechensfurcht in der Bevölkerung“ wird vor dem Hintergrund der Mai-Gesetze ausführlich dargestellt von *Weigend/Zielińska* (Anm. 3).

tionen müssen, obwohl sie aufgrund ihrer generellen und abstrakten Formulierung wenig verbindlich sind, begrüßt werden, enthalten sie doch zumindest das Eingeständnis, daß die derzeitige Kriminalpolitik verfehlt ist.

Die geplanten Änderungen sollen das Strafrecht zur Grundlage einer flexiblen, humanen Kriminalpolitik machen, die sich am Grad der gesellschaftlichen Gefährlichkeit der Straftat sowie an der Schuld des Täters und seiner Persönlichkeit orientiert¹⁸. Erreicht werden sollen diese Ziele vor allem durch die Ersetzung von Freiheitsstrafen durch Sanktionen ohne Freiheitsentzug, durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Strafaussetzung zur Bewährung auf alle Hauptstrafen sowie durch die verstärkte Anwendung sonstiger Probationssanktionen, die von intensiven Resozialisationsmaßnahmen begleitet werden sollen. Die aus den Grund- und Freiheitsrechten der Bürger abgeleiteten Grundprinzipien des Strafrechts sollen in die ebenfalls zu reformierende Verfassung übernommen werden¹⁹. Die Freiheitsstrafe soll nur noch als ultima ratio angewandt werden und allein den Gerichten vorbehalten sein. Die Rechtsprechung der Kollegien für Übertretungen²⁰ soll insgesamt verstärkter gerichtlicher Kontrolle unterworfen werden²¹.

II. Reformvorschläge zum Allgemeinen Teil

1. Strafen und Maßnahmen

Im Vordergrund steht für die Reformkommission die Milderung der strafrechtlichen Sanktionen. Die im geltenden Strafgesetzbuch

¹⁸ Entwurf 1988, S. 5.

¹⁹ Vgl. dazu ausführlich *Buchala/Kubicki* (Anm. 9), S. 150 ff. Zu diesen strafrechtlichen Verfassungsprinzipien gehören etwa die ausnahmslose Zuständigkeit unabhängiger Gerichte für die Verhängung aller Sanktionen mit Freiheitsentzug einschließlich der Arreststrafen für Übertretungen sowie für die Anordnung der Untersuchungshaft, die Behandlung der Freiheitsstrafe als ultima ratio (vgl. *Buchala*, *Gazeta Prawnicza* 1988, Nr. 2, S. 11) und das absolute Verbot, die allgemeinen im Strafgesetzbuch verankerten Strafrechtsprinzipien durch Zeit- oder sonstige Nebengesetze abzuändern oder gar aufzuheben. Vgl. *Ratajczak*, Przekonać nieprzekonanych (Überzeuge diejenigen, die noch nicht überzeugt sind), *Gazeta Prawnicza* 1988, Nr. 5, S. 7. Der letztgenannte Vorschlag beruht vor allem auf den leidvollen Erfahrungen mit dem Zeitgesetz vom Mai 1985, das viele liberale Errungenschaften des Strafgesetzbuchs von 1969 für die Dauer seiner Geltung, d. h. bis zum 30. 6. 1988, außer Kraft gesetzt hat.

²⁰ Vgl. *Weigend*, in: *Eser/Huber* (Hrsg.), Strafrechtsentwicklung 1982/1984, 1985, S. 568.

²¹ Entwurf 1988, S. 5. Zur Reform des Übertretungsrechts ausführlich *Szumski*, Kolegia ds wykroczeń. Główne tendencje polityki karnej (Kollegien für Übertretungen. Haupttendenzen der Kriminalpolitik), *Gazeta Prawnicza* 1988, Nr. 1 und 2; *Podemski*, *Polityka* 1988, Nr. 17, S. 3.

bereits vorgesehenen Sanktionen ohne Freiheitsentzug, die Geldstrafe und die Freiheitsbeschränkungsstrafe, sollen ausgebaut, modernisiert und an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse angepaßt werden. Die Straftatbestände sollen, soweit möglich, alternativ verschiedene Hauptstrafen vorsehen²², so daß die Gerichte differenziert reagieren und die im konkreten Fall geeignete Sanktion verhängen können. Soweit Freiheitsstrafen vorgesehen sind, sollen die Mindeststrafandrohungen herabgesetzt werden²³. Im Bereich der Bagatellkriminalität soll – im Gegensatz zum geltenden Recht – ganz auf Freiheitsstrafen verzichtet werden.

a) Todesstrafe

Die Abschaffung der Todesstrafe ist in Polen trotz lebhafter kritischer Diskussion nicht zu erwarten²⁴. Diese strengste aller Sanktionen, die in neun Tatbeständen des geltenden Strafgesetzbuchs vorgesehen ist und nur in Ausnahmefällen verhängt werden darf²⁵, hat der Reformkommission große Schwierigkeiten bereitet. Das Haupthindernis für die völlige Abschaffung der Todesstrafe²⁶ bildet nach Ansicht der Kommission die in weiten Kreisen der Bevölkerung noch immer verankerte Überzeugung von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Todesstrafe für schwerste Verbrechen²⁷. Die wissenschaftlichen, insbesondere auf rechtsvergleichenden empirischen Untersuchungen basierenden Argumente waren ebenso wenig wie die moralisch-ethischen Einwände²⁸ gegen die Todesstrafe ausreichend, um die Abschaffung dieser Sanktion oder auch nur ein ebenfalls vorge-

²² Entwurf 1988, S. 9.

²³ Im geltenden Strafgesetzbuch findet man unter 269 Strafandrohungen am häufigsten die Androhung von Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren (63 Fälle) sowie von drei Monaten bis zu drei Jahren (50 Fälle). Weiterhin kommen Freiheitsstrafen von einem bis zu zehn Jahren (37 Fälle), von drei bis 15 Jahren (13 Fälle) und von sechs Monaten bis zu acht Jahren (12 Fälle) vor. Alternative Strafandrohungen mit verschiedenen Sanktionen sieht das Gesetz in 41 Fällen vor.

²⁴ Von der Wissenschaft wird die Todesstrafe eindeutig abgelehnt und aus vielen Gründen kritisiert. Vgl. dazu vor allem *Poklewski-Koziell, Wokół postulatu zniesienia kary śmierci w Polsce* (Zu dem Vorschlag der Abschaffung der Todesstrafe in Polen), *Państwo i Prawo* 1988, Nr. 2, S. 3 mit weiteren Nachweisen.

²⁵ Die Todesstrafe wird in Polen fast ausschließlich für Tötungsdelikte (3,9 % der Verurteilungen 1986), Landesverrat und andere schwerste Staatsschutzdelikte verhängt. Es erfolgen in der Regel bis zu zehn Verurteilungen pro Jahr. 1986 waren es 13, 1987 allerdings nur drei Todesurteile. Vgl. *Jasiński* (Anm. 5), S. 36.

²⁶ Für eine Abschaffung haben sich nur 15 von 47 abstimmenden Kommissionsmitgliedern ausgesprochen.

²⁷ Nach neuesten repräsentativen Umfragen sind 60 % der polnischen Bevölkerung für die Beibehaltung der Todesstrafe; vgl. Entwurf 1988, S. 13.

²⁸ Übernommen in Entwurf 1988, S. 12 f.

schlagenes fünfjähriges Moratorium für ihre Verhängung²⁹ durchsetzen zu können. Weder die Abschaffung der Todesstrafe in der DDR noch die lebhafte, in die gleiche Richtung gehende wissenschaftliche Diskussion in der UdSSR³⁰ konnte die Mehrheit der Kommissionsmitglieder umstimmen. Wieder einmal ist es also in Polen gelungen, empirische wissenschaftliche Argumente mit dem Hinweis auf die „öffentliche Meinung“ zu entkräften. Nach dem Vorschlag der Kommission soll die Todesstrafe nur für schwere Tötungsdelikte mit der Maßgabe beibehalten werden, daß Schwangere und Personen, die zur Tatzeit das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, von der Verhängung ausgenommen sind.

b) Freiheitsstrafe

Das Mindestmaß der Freiheitsstrafe soll von bisher drei Monaten auf einen Monat herabgesetzt werden. Dadurch soll die durchschnittliche Haftdauer (zur Zeit über zwei Jahre) wesentlich gesenkt werden. Die Hoffnung, die Mindeststrafandrohung von drei Monaten werde die Gerichte zur verstärkten Verhängung von Strafen ohne Freiheitsentzug bewegen, hat sich in der Praxis nicht erfüllt: Wo auf Strafen ohne Freiheitsentzug zurückgegriffen wurde, geschah dies meist zu Lasten der Strafaussetzung zur Bewährung.

c) Freiheitsbeschränkungsstrafe

Der Anwendungsbereich der 1969 in das Strafgesetzbuch eingeführten Hauptstrafe der Freiheitsbeschränkung³¹ soll durch zum Teil bereits vollzogene Reformen³² erweitert werden. Die Freiheitsbe-

²⁹ Für ein fünfjähriges Moratorium stimmten 19 von 47 Kommissionsmitgliedern; Entwurf 1988, S. 13. Während des Moratoriums sollte erforscht werden, welche Auswirkungen das Fehlen der Todesstrafe auf die Kriminalitätsrate und das Gefühl der „sozialen Sicherheit“ hat.

³⁰ Vgl. den Bericht von Amnesty International vom November 1987 bezüglich der Todesstrafendebatte in der UdSSR, AI Index EUR 46/40/87, SC/CO/DP/GR.

³¹ Siehe *Weigend*, Die Freiheitsbeschränkungsstrafe im polnischen Recht, Recht in Ost und West 1980, 8; *dies.*, Community Service in Poland, in: *Albrecht/Schädler* (Hrsg.), Community Service, Gemeinnützige Arbeit, Dienstverlehnung, Travail d'intérêt général. A new option in punishing offenders in Europe, 1986, S. 121.

³² Siehe Gesetz vom 17. 6. 1988 zur Änderung des Straf- und Übertretungsrechts (Dz. U. 1988, Nr. 20, Pos. 135), das folgende praktische Änderungen für die Freiheitsbeschränkungsstrafe eingeführt hat: Die Strafe wird u. a. in vergesellschafteten Arbeitsbetrieben und in gemeinnützigen Anstalten in Form von unentgeltlicher, beaufsichtigter, gemeinnütziger Arbeit abgeleistet. Die Einnahmen aus den um 10–25 % gekürzten Arbeitsbezügen können für die Strafvollstreckung verwendet werden und kommen dann den Betrieben, in denen die Strafe abgeleistet wird, zugute. Dadurch, daß die Betriebe an den Erlösen beteiligt werden, hofft man, diese vermehrt für die Vollstreckung der Freiheitsbeschränkungsstrafe aktivieren zu können. Siehe Art. 34 §§ 1–3, Art. 84 §§ 2 und 3 StGB.

schränkungsstrafe ist in der Regel mit Auflagen mit Bewährungsscharakter zu verbinden³³. Dies betrifft insbesondere die Schadensersatzpflicht, von der sich die Kommission erzieherische Wirkung verspricht. Die verstärkte Aufsicht durch einen Bewährungshelfer würde nach Ansicht der Reformkommission die Wirksamkeit der Sanktion wesentlich steigern. Der Vollzug in den Betrieben soll erleichtert und entbürokratisiert werden. Der von den Kritikern der Freiheitsbeschränkungsstrafe vorgebrachte Einwand, die Sanktion sei in der Praxis nur eine verkappte Geldstrafe auf Raten³⁴, fand bei der Kommission kein sichtbares Echo.

d) Geldstrafe

Die Reformkommission übte scharfe Kritik an der gegenwärtigen Ausgestaltung der Geldstrafe (Gesamtsummensystem) und an ihrer Anwendung in der Praxis³⁵. Die Reformvorschläge sind hier sehr kompliziert, da man sich weder auf das Tagessatz- noch auf das Gesamtsummensystem als ausschließliches System einigen konnte³⁶. Ein Vorschlag geht dahin, das Gesamtsummensystem für die kumulative Geldstrafe (neben einer Freiheitsstrafe) anzuwenden und auf das Tagessatzsystem für die Fälle überzugehen, in denen die Geldstrafe alleinige Sanktion ist. Ein weiterer Vorschlag sieht allein das Tages-

³³ Art. 35 StGB lautet:

Bei der Zumessung einer Freiheitsbeschränkungsstrafe können dem Verurteilten vom Gericht folgende Verpflichtungen auferlegt werden:

1. den durch die Straftat zugefügten Schaden gänzlich oder teilweise zu ersetzen,
2. sich beim Geschädigten zu entschuldigen.

³⁴ Vgl. Weigend, Recht in Ost und West 1980, 15 mit weiteren Nachweisen.

³⁵ Entwurf 1988, S. 10. Vor allem wird bemängelt, daß die Gerichte bei bestimmten Straftaten (z. B. bei Vermögensdelikten) gesetzlich gezwungen sind, extrem hohe Geldstrafen (neben der Freiheitsstrafe) auszusprechen, obwohl von vornherein feststeht, daß die zu verhängende Geldstrafe uneinbringlich ist. In solchen Fällen sind die Geldstrafen nichts anderes als verkappte Freiheitsstrafen. 30 % der jährlich in Polen vollstreckten Freiheitsstrafen sind Ersatzfreiheitsstrafen für uneinbringliche Geldstrafen. Ersatzfreiheitsstrafen können in Polen — einmalig in Europa — bis zu drei Jahren dauern. Eine weitere Belastung des Strafvollzugs ergibt sich durch die jährlich 30 000 Fälle, in denen Ersatzarrest für Geldstrafen wegen Übertretungen verbüßt wird. Zum geltenden Gesamtsummensystem siehe Cieślak/Weigend, Die Geldstrafe in der Polnischen Volksrepublik, in: Jescheck/Grebing (Hrsg.), Die Geldstrafe im deutschen und ausländischen Recht, 1978, S. 756.

³⁶ Für das Tagessatzsystem allein stimmten 17 Mitglieder der Kommission, für das Gesamtsummensystem neben dem Tagessatzsystem 29 Mitglieder; Entwurf 1988, S. 11. Vgl. dazu auch Buchala, Kara grzywny. Problemy orzekania i nowelizacji kodeksu (Geldstrafe. Probleme ihrer Bemessung und die Novellierung des Strafgesetzbuchs), Palestra 1988, Nr. 6, S. 28.

satzsystem vor. Dabei soll die Tagessatzzahl zwischen 14 und 360 liegen, für Gesamtstrafen soll die Obergrenze 450 Tagessätze betragen. Die Ersatzfreiheitsstrafe soll auf sechs Monate (bzw. 7,5 Monate bei Gesamtstrafen) beschränkt werden³⁷. Die Höhe eines Tagessatzes soll zwischen 500 und 10 000 Złoty betragen.

Die Grundsätze für die Verhängung der Geldstrafe sollen dahingehend abgeändert werden, daß sie nur zulässig ist, wenn die reale Möglichkeit besteht, daß der Verurteilte die Strafe selbst bezahlen kann³⁸. In Zukunft soll darauf verzichtet werden, die Verhängung einer Geldstrafe bei bestimmten Tatbeständen zwingend vorzuschreiben. Ein Großteil der Kommissionsmitglieder sieht die Vorteile des Tagessatzsystems darin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten (Höhe des Arbeitseinkommens, Ersparnisse, Vermögen, aber auch Schulden) besser berücksichtigt werden können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten sollen auch bei den neuen Vollstreckungsmodalitäten beachtet werden. Vorgesehen sind verschiedene Zahlungserleichterungen³⁹, die ohne besondere Voraussetzungen gewährt werden können. Kumulative Geldstrafen sollen erst nach Verbüßung der Freiheitsstrafe und finanzieller Resozialisierung beigetrieben werden. Der Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe soll gemildert werden und kann durch die neu einzuführende Ersatzfreiheitsbeschränkungsstrafe ersetzt werden⁴⁰. Eine weitere Erleichterung würde die Möglichkeit bringen, anstelle der Ersatzfreiheitsstrafe die Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeit im Sinne der Freiheitsbeschränkungsstrafe abzuleisten⁴¹.

e) Vermögenseinziehung

Die Nebenstrafe der Einziehung des gesamten oder von Teilen des Vermögens, die bei einigen Straftatbeständen obligatorisch zu

³⁷ Einem Tagessatz soll ein Tag Ersatzfreiheitsbeschränkungsstrafe, zwei Tagessätzen ein Tag Ersatzfreiheitsstrafe entsprechen. Das Mindestmaß der Ersatzfreiheitsstrafe würde also eine Woche betragen; Entwurf 1988, S. 11.

³⁸ Die bisherige Praxis kennt unzählige Fälle, in denen die Verhängung hoher Geldstrafen die ganze Familie in den finanziellen Ruin getrieben hat; vgl. Ratajczak (Anm. 5), S. 43.

³⁹ Z. B. Ratenzahlung und Stundung; Entwurf 1988, S. 11 f.

⁴⁰ Die Strafaussetzung zur Bewährung bei der Ersatzfreiheitsstrafe soll erleichtert, die vorzeitige Entlassung bereits nach Verbüßung der Hälfte (jetzt noch: zwei Drittel) der Ersatzfreiheitsstrafe zulässig werden; Entwurf 1988, S. 11 f.

⁴¹ Entwurf 1988, S. 49.

verhängen ist⁴² und seit der „Reform“ von 1985⁴³ bei allen Vergehen ausgesprochen werden kann, auch wenn die verhängte Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird, hat aufgrund ihrer häufigen Anordnung⁴⁴ das kriminalpolitische Instrumentarium erweitert und erheblich verschärft. Die Vermögenseinziehung ist ein effizientes Instrument der Übelszufügung, trifft dabei aber nicht nur den Verurteilten, sondern auch seine Familie und seine Gläubiger. In der Reformkommission fand sich trotz scharfer Kritik an dieser Nebenstrafe⁴⁵ keine Mehrheit für ihre Abschaffung⁴⁶. Aus diesem Grunde wurden zwei Alternativlösungen vorgeschlagen:

1. Abschaffung der Vermögenseinziehung und ihre Ersetzung durch die Nebenstrafe der Gewinnabschöpfung. Falls der Täter über den tatsächlichen Gewinn aus der Tat nicht mehr verfügt, soll er verpflichtet werden, einen Ausgleichsbetrag an den Fiskus zu zahlen.

2. Bei Beibehaltung der Vermögenseinziehung soll ihr gesetzlicher Anwendungsbereich erheblich eingeschränkt werden⁴⁷.

Trotz einer nur sehr allgemeinen Formulierung zum Thema „Gewinnabschöpfung“ zeigt sich doch ein großes Interesse der polnischen Wissenschaft an dieser auch in Westeuropa lebhaft diskutierten Sanktion. Die Chancen, daß die Gewinnabschöpfung bei dieser Reform letztendlich eingeführt wird, scheinen aber gering zu sein.

⁴² Art. 46 StGB lautet:

§ 1 Die Einziehung des ganzen Vermögens oder eines Teils desselben muß gerichtlich verhängt werden bei der Verurteilung für ein Verbrechen

1. gegen politische und wirtschaftliche Grundinteressen der Polnischen Volksrepublik,

2. der Aneignung von gesellschaftlichem Vermögen in beträchtlichem Umfang.

§ 2 Gerichtlich kann die Einziehung des ganzen Vermögens oder eines Teils desselben bei einer Verurteilung für ein anderes Verbrechen verhängt werden, das in der Absicht der Erlangung von Vermögensvorteilen begangen wurde.

⁴³ Gesetz vom 10. 5. 1985 (Dz. U. 1985, Nr. 23, Pos. 100). Vgl. dazu näher Weigend (Anm. 4), S. 1174 ff.

⁴⁴ Im Jahre 1986 wurde die Vermögenseinziehung bei 16,2 % aller Verurteilungen ausgesprochen. Seit 1982 erhöhte sich aufgrund der repressiven Kriminalpolitik der achtziger Jahre der Anteil der Vermögenseinziehungen um das 28fache; Jasinski (Anm. 5), S. 38.

⁴⁵ Für eine Abschaffung wurde auch das Argument ins Feld geführt, die Vermögenseinziehung sei 1969 nur aufgrund ideologischen Klassendenkens in das Strafgesetzbuch übernommen worden, und dieses habe heute an Aktualität verloren; Entwurf 1988, S. 14.

⁴⁶ Von 46 anwesenden Kommissionsmitgliedern sprachen sich 22 für die Abschaffung der Vermögenseinziehung aus, dagegen 23, und ein Mitglied enthielt sich der Stimme; Entwurf 1988, S. 14.

⁴⁷ Für diese Lösung haben sich 43 von 46 Kommissionsmitgliedern ausgesprochen; Entwurf 1988, S. 14.

f) Sonstige Nebenstrafen

Im Bereich der übrigen Nebenstrafen hat die Kommission eine sinnvolle Erweiterung des Maßnahmenkatalogs vorgeschlagen⁴⁸. So soll das Verbot, bestimmte Stellungen in gesellschaftlichen Organisationen zu bekleiden (Art. 38 Nr. 3 StGB), um das Verbot jeglicher Funktion und Tätigkeit in diesen Organisationen ergänzt werden.

Nebenstrafen wie das Berufsverbot und das dieser Strafe in seiner Wirkung nahekommende Verbot, Kraftfahrzeuge zu führen, soll das Gesetz nicht mehr obligatorisch anordnen. Vielmehr soll der Richter entscheiden können, ob die Nebenstrafe aufgrund der Umstände der Tat und der Persönlichkeit des Täters zu Erziehungszwecken erforderlich und geeignet ist⁴⁹.

Die schon jetzt im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, anstelle einer Hauptstrafe eine Nebenstrafe zu verhängen (Art. 56 StGB), soll weiter ausgebaut werden. Zu diesen Ersatznebenstrafen soll in Zukunft auch die an den Verletzten zu zahlende Geldbuße (*nawiązka*)⁵⁰ gehören. Sie soll der Wiedergutmachung des Schadens dienen und alternativ zur Wiedergutmachung verhängt werden können. Sie wird aber nicht auf die zivilrechtlichen Schadensersatzansprüche des Verletzten angerechnet und hat damit eine eigenständige Bedeutung. Von der Wiedergutmachungsfunktion der Geldbuße verspricht sich die Kommission eine beträchtliche erzieherische Wirkung auf den Täter.

2. Strafzumessung: Tendenzen und Rechtsinstitute

Einen zweiten Schwerpunkt setzt die Reformkommission im Bereich der Strafzumessung. Zunächst soll die Freiheitsstrafe ohne Bewährung im Bereich der Bagatell- und mittleren Kriminalität (Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren) nur noch als ultima ratio zulässig sein⁵¹. Sie soll nur noch in solchen Ausnahmefällen ausgesprochen werden, in denen alle anderen Sanktionen als unzureichend erscheinen. Ansonsten soll die Freiheitsstrafe ohne Bewährung der schweren Kriminalität vorbehalten bleiben.

Das Hauptziel jeder Strafe sieht die Kommission in der erzieherischen Einwirkung auf den Täter. Bei der Auswahl der Strafart, bei der

⁴⁸ Entwurf 1988, S. 14 f.

⁴⁹ Entwurf 1988, S. 15.

⁵⁰ Zu dieser Sanktion und ihrem Rechtscharakter vgl. Cieslak/Weigend (Anm. 35), S. 752 f.

⁵¹ Entwurf 1988, S. 15.

Bemessung der Strafhöhe und auch beim Strafvollzug ist der Priorität der Resozialisierung Rechnung zu tragen⁵².

Als besonders hinderlich für die Resozialisierung haben sich nach Ansicht der Kommissionsmitglieder die geltenden strengen Rückfallregelungen erwiesen⁵³. Diese Regelungen, die etwa 40 % der Kriminalität, darunter auch die leichte und mittlere Kriminalität, betreffen⁵⁴, lassen eine individuelle Strafzumessung für den jeweiligen Täter nicht zu, sondern führen zu einer rein schematischen Erhöhung der Strafe⁵⁵. Die Persönlichkeiten der einzelnen Rückfalltäter und die Tatumstände sind aber in der Praxis so verschieden, daß eine individuelle Behandlung des Rückfalls nötig ist und nur der Richter entscheiden kann, welche Sanktionen dem Resozialisierungsgedanken im Einzelfall am ehesten gerecht werden. Mit den bekannten kriminologischen Erkenntnissen über die negativen Auswirkungen wiederholter langer Gefängnisstrafen, auf die Persönlichkeit des Verurteilten und auf seine sozialen Bindungen ist die geltende polnische Rückfallregelung nicht zu vereinbaren.

Der einfache Rückfall soll zwar auch weiterhin als straferschwerender Umstand berücksichtigt werden, soll aber nicht mehr zwingend die Verhängung einer Freiheitsstrafe zur Folge haben. Aufgrund ihrer allgemeinen Präferenz für Strafen ohne Freiheitsentzug empfiehlt die Reformkommission⁵⁶, auch für Rückfalltäter die Strafaussetzung zur Bewährung und die vorzeitige Entlassung aus dem Strafvollzug nach den allgemeinen Regeln zuzulassen⁵⁷. Allerdings soll sich der Strafraum bei einfachem Rückfall um die Hälfte der normalen Strafe erhöhen, damit die Strafe entsprechend der individuellen Täterpersönlichkeit und den Tatumständen festgesetzt werden kann.

Für den mehrfachen Rückfall, der nach Auffassung der Kommission ein deutliches Signal für die Gefährlichkeit des Täters ist, bleibt es beim gesetzlichen Ausschluß der Strafaussetzung zur Bewährung und bei erschwerten Bedingungen für eine vorzeitige Entlassung. Die Mindeststrafe soll ein Jahr Freiheitsentzug⁵⁸ betragen.

⁵² Entwurf 1988, S. 15.

⁵³ Art. 60–61 StGB.

⁵⁴ Nach Auffassung der Kommission sind sogenannte Berufs- und Gewohnheitsverbrecher unter den polnischen Rückfalltätern nicht vertreten; Entwurf 1988, S. 16.

⁵⁵ Entwurf 1988, S. 16.

⁵⁶ Entwurf 1988, S. 16.

⁵⁷ Die Strafaussetzung zur Bewährung ist auf Rückfalltäter bisher nicht anwendbar, die vorzeitige Entlassung aus dem Strafvollzug ist in Bezug auf die mehrmaligen Rückfalltäter nur in Ausnahmefällen zulässig (vgl. Art. 73 § 3, Art. 91 § 3 StGB).

⁵⁸ Entwurf 1988, S. 16.

Gegenüber wiederholt rückfälligen Tätern sollen verstärkt therapeutische Maßnahmen ergriffen⁵⁹ sowie soziale Hilfe angeboten werden. Die bisherige Maßnahme der Unterbringung in einem „Zentrum für soziale Anpassung“⁶⁰ sieht die Kommission als ineffiziente Verlängerung des Aufenthalts im Strafvollzug an. Inzwischen sind rund 70 % der Insassen dieser Vollzugseinrichtungen, die ursprünglich als Übergangshilfen für Rückfalltäter bei ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft gedacht waren, Alkoholiker, Rauschgiftsüchtige und Psychopathen, die zwar juristisch gesehen Rückfalltäter sind, aber eher ärztlicher Behandlung und sozialer Betreuung als einer Unterbringung in einer speziellen Vollzugsanstalt bedürfen. In der Zukunft sollen die „Zentren für soziale Anpassung“ trotz der an ihrer jetzigen Gestalt geübten Kritik⁶¹ nach Meinung der Kommission als soziale Eingliederungshilfen für Rückfalltäter beibehalten werden. Die Betreuung der Insassen soll aber individuell und differenziert unter der Aufsicht von Bewährungshelfern erfolgen⁶². Das Personal der Zentren soll eine bessere fachliche Ausbildung insbesondere für seine therapeutischen und sozialen Aufgaben erhalten. Zur Entlastung der überfüllten Zentren soll die von der Kommission vorgeschlagene Möglichkeit beitragen, auch Rückfalltäter bei persönlicher Eignung vorzeitig aus der Haft zu entlassen.

Die Kommission hat sich der in der Lehre vertretenen Forderung⁶³ angeschlossen, einen gesetzlichen Katalog der bei der Strafzumessung mildernd oder schärfend zu berücksichtigenden Umstände zu erstellen. Strafschärfende Umstände sollen z. B. Angriffe auf das gesellschaftliche Eigentum, Rückfall sowie der hooliganische Charakter der Tat (Rowdytum) sein⁶⁴. Die Tatbestände sollen vermehrt mildernde Fälle vorsehen, und die strafmildernde Berücksichtigung der tätigen Reue soll ausgeweitet werden. Eine Reihe von Delikten soll zu Antragsdelikten werden; davon verspricht sich die Kommission eine Entlastung der Strafverfolgungsbehörden⁶⁵.

⁵⁹ Gedacht ist hierbei vor allem an die Alkohol- und Rauschgiftkranken sowie an die Psychopathen, die in erster Linie einer Therapie unterzogen und nicht isoliert werden sollen.

⁶⁰ Vgl. hierzu ausführlich *Indeck/Lelental/Tomporek*, Die Unterbringung im Resozialisierungszentrum im polnischen Strafrecht, Recht in Ost und West 1988, 276.

⁶¹ Im Schrifttum werden die Zentren heftig kritisiert und ihre Abschaffung gefordert; *Buchala* (Anm. 5), S. 5, sowie *Indeck u. a.* (Anm. 60).

⁶² Entwurf 1988, S. 46.

⁶³ Vgl. zuletzt *Cieslak* (Anm. 9), S. 49 ff. mit weiteren Nachweisen.

⁶⁴ Entwurf 1988, S. 15.

⁶⁵ Entwurf 1988, S. 18.

Eine weitere praktische Möglichkeit, das geltende Strafrecht zu mildern, sieht die Kommission in der grundlegenden Novellierung der bedingten Verfahrenseinstellung, die im polnischen Recht ein materiellrechtliches Institut ist⁶⁶. Die bedingte Verfahrenseinstellung, die sanktionsähnlichen Charakter hat, erfolgte in Polen im Jahre 1986 in etwa 24 000 Fällen durch die Staatsanwaltschaft und in etwa 6 000 Fällen durch die Gerichte⁶⁷. Demgegenüber erhebt die polnische Lehre seit langem die Forderung, der Staatsanwaltschaft die Kompetenz zur bedingten Verfahrenseinstellung zu entziehen, da es sich um ein typisches „Institut der Rechtsprechung“⁶⁸ handle⁶⁹. Diese Forderung stützt sich auf mehrere sachliche Argumente⁷⁰, die hier nicht erörtert werden können, die jedoch auf den gemeinsamen Nenner „Aufwertung der Position der Gerichte und Stärkung ihrer Rechtsprechungsfunktion“ gebracht werden können⁷¹.

Die Kriterien, die die Staatsanwaltschaft ihren Entscheidungen über die bedingte Verfahrenseinstellung zugrunde legt, sind unein-

⁶⁶ Vgl. dazu ausführlich Weigend, Die bedingte Einstellung des Strafverfahrens in Polen — zugleich ein Beitrag zur Diskussion um § 153 StPO, Recht in Ost und West 1980, 186.

⁶⁷ Jasinski (Anm. 5), S. 35.

⁶⁸ Voraussetzung für die bedingte Verfahrenseinstellung ist unter anderem, daß die Schuld des Täters erwiesen ist. Art. 27 § 1 StGB lautet:

Ein Strafverfahren kann bedingt eingestellt werden, falls der Grad der gesellschaftlichen Gefährlichkeit der Tat nicht bedeutend ist und die Haltung des wegen einer Straftat nicht vorbestraften Täters, seine persönlichen Eigenschaften und Bedingungen sowie seine bisherige Lebensweise die Annahme rechtfertigen, daß er trotz Einstellung des Verfahrens die Rechtsordnung beachten und keine neuen Straftaten begehen wird.

⁶⁹ Siehe z. B. Cieślak/Doda, Węzłowe zagadnienia postępowania karnego. Ocena realizacji kodyfikacji z 1969 r. (Hauptprobleme des Strafverfahrens. Die Bewertung der Kodifikation aus dem Jahre 1969), ZNIBPS 1978, Nr. 9, S. 166; Cieślak (Anm. 9), S. 145 ff. In den letzten Jahren läßt sich in Polen die Tendenz beobachten, daß Rechtsprechungsaufgaben der Gerichte auf Organe übertragen werden, die diese Funktion gar nicht innehaben dürften. Diese Kompetenzverschiebung, die durch die geltenden Gesetze allerdings zum größten Teil abgedeckt ist, gibt der Staatsanwaltschaft Rechtsprechungskompetenzen, die diese teilweise noch an nachgeordnete Organe (Polizei, andere Behörden) delegiert. Auch die Kompetenz der Kollegien für Übertretungssachen zur Verhängung von Arreststrafen bis zu drei Monaten wird heftig kritisiert; vgl. Weigend (Anm. 3), S. 570 f.; Podemski (Anm. 8), Szumski (Anm. 21).

⁷⁰ Siehe Grajewski, Model postępowania przygotowawczego w polskim procesie karnym (Das Modell des vorbereitenden Verfahrens im polnischen Strafprozeß), Palstra 1988, Nr. 5, S. 70 mit weiteren Nachweisen.

⁷¹ Cieślak (Anm. 9), S. 45 f.

heitlich und in vielen Fällen undurchsichtig. Auch die Reformkommission sieht die derzeitige Praxis der Verfahrenseinstellung, die ohne die gesetzlich vorgeschriebene Kontrolle der Staatsanwaltschaft durch die Gerichte stattfindet, als korrekturbedürftig an. Außerdem spielt die empirische Erfahrung eine Rolle, daß die präventive Wirkung der gerichtlichen Verfahrenseinstellung größer ist als die der staatsanwaltschaftlichen⁷². Die Kommission schlägt daher vor, die Kompetenz zur bedingten Verfahrenseinstellung ausschließlich den Gerichten zu übertragen⁷³ und aus dieser „Quasi-Sanktion“ eine effiziente Bewährungsmaßnahme zu machen. Dazu sollen die Anwendungsvoraussetzungen erleichtert werden, um einen größeren Täterkreis (z. B. auch die schon vorbestraften, aber nicht zu Freiheitsstrafe verurteilten Täter) in den Genuß der bedingten Verfahrenseinstellung kommen zu lassen⁷⁴. Der Bewährungscharakter der Auflagen und Verpflichtungen soll weiter ausgebaut und der Täter in der Bewährungszeit verstärkt überwacht werden. Da die Kommission damit rechnet, daß ihr Anliegen, das auch von der Lehre seit langem unterstützt wird, im weiteren Verlauf der Reformdiskussion abgelehnt wird, schlägt sie für diesen Fall vor, zumindest die Einstellungskriterien für die Staatsanwaltschaft gesetzlich zu vereinheitlichen und der bedingten Verfahrenseinstellung eindeutigen Bewährungscharakter zu verleihen⁷⁵.

Die unbedingte Verfahrenseinstellung (Art. 26 StGB) kann im polnischen Recht — unter anderem — wegen Geringfügigkeit der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat erfolgen. Ist die Gesellschaftsgefährlichkeit nur geringfügig, so ist die Tat — nach der in Polen herrschenden materiellen Verbrechensdefinition — keine Straftat im eigentlichen Sinne, sondern höchstens eine Übertretung, die nicht von den Gerichten, sondern von anderen dafür zuständigen Orga-

⁷² Entwurf 1988, S. 17.

⁷³ Die ausschließliche Kompetenz der Gerichte zur bedingten Verfahrenseinstellung soll die bekannten Fehler der staatsanwaltschaftlichen Einstellungspraxis (Einstellung, obwohl die Voraussetzungen des Art. 27 StGB nicht erfüllt sind bzw. Übergang zur unbedingten Verfahrenseinstellung nach Art. 26 StGB) vermeiden und dem Verfahren einen kontradiktorischen Charakter geben, wobei die Staatsanwaltschaft das Recht erhalten soll, die Einstellung zu beantragen und die Entscheidung auch — neben dem Verletzten — anzufechten; vgl. Entwurf 1988, S. 17.

⁷⁴ Entwurf 1988, S. 17. Die Kommission vertritt die Meinung, daß mit Geld- und Freiheitsbeschränkungsstrafe vorbestrafte Täter in den Genuß der Verfahrenseinstellung kommen sollen, wenn die erste Bestrafung mindestens zwei Jahre zurückliegt und der betreffende Täter sich sonst gut geführt hat.

⁷⁵ Entwurf 1988, S. 17.

nen geahndet wird⁷⁶. Hierzu schlägt die Kommission vor⁷⁷, auch die Ahndung solcher geringfügig gesellschaftlicher Taten durch die Gerichte zuzulassen, wenn sie eigentlich die Merkmale eines Vergehens erfüllen und sich von diesen nur quantitativ unterscheiden, z. B. durch die Geringfügigkeit des Schadens oder die Geringwertigkeit der gestohlenen Sache⁷⁸. Leider findet sich in dem Entwurf keine Aussage zur Frage der materiellen Definition der Straftat, bei der das steigerungsfähige Merkmal der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat eine Schlüsselrolle spielt.

Auch mit ihren Reformvorschlägen bezüglich der Strafaussetzung zur Bewährung verfolgt die Kommission konsequent ihr Ziel, die resozialisierende Funktion der Strafe zu fördern. Die bisherige undifferenzierte Anwendung der Strafaussetzung zur Bewährung sowohl auf Täter, die in Freiheit noch einer erzieherischen Überwachung bedürfen, als auch auf nicht resozialisierungsbedürftige Täter wird kritisiert. Sollte die von der Kommission vorgeschlagene Umgestaltung der bedingten Verfahrenseinstellung in ein vorrangig der Bewährung dienendes Institut durchgesetzt werden, so könnte die Strafaussetzung zur Bewährung verstärkt dazu dienen, die noch nicht zu stark demoralisierten Täter in Freiheit zu resozialisieren⁷⁹. Nach Ansicht der Kommission befindet sich unter den Straftätern eine nicht geringe Anzahl, die sich mit Hilfe gezielter Bewährungsaufsicht in Freiheit besser resozialisieren läßt, als das in Vollzugsanstalten möglich ist.

Auch die Vollstreckung von Geld- und Freiheitsbeschränkungsstrafen sieht die Kommission in vielen Fällen als nicht notwendig und als für die Resozialisierung hinderlich an. Auch diese beiden Sanktionen sollen daher zur Bewährung ausgesetzt werden können. Wie bei der bedingten Verfahrenseinstellung soll auch bei der Strafaussetzung zur Bewährung der Kreis der in Frage kommenden Tätergruppen, insbesondere auf einfache Rückfalltäter, erweitert werden. Die gesetzlichen Kontrollbefugnisse der Bewährungshelfer sollen erweitert werden. Dabei ist die Kommission realistisch genug, um zu erken-

⁷⁶ Vgl. dazu Weigend/Zoll, Die Bekämpfung der Bagatelldelinquenz in Polen, ZStW 95 (1983), S. 752 mit weiteren Nachweisen.

⁷⁷ Entwurf 1988, S. 18.

⁷⁸ Vgl. zuletzt Olszewski, Stopień społecznej niebezpieczności czynu jako podstawę rozgraniczenia przestępstw i wykroczeń (Der Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat als Grundlage der Abgrenzung der Straftaten von den Übertretungen), Państwo i Prawo 1988, Nr. 4, S. 50.

⁷⁹ Entwurf 1988, S. 18.

nen, daß eine Resozialisierung der Verurteilten in der Bewährungszeit nur bei einer intensiven und fachgerechten Aufsicht durch Bewährungshelfer möglich ist⁸⁰.

Nicht ohne Überraschung stellt der Leser des Entwurfs fest, daß die dogmatisch wichtigen Bereiche aus dem Allgemeinen Teil des Strafrechts, z. B. der Straftatbegriff, Täterschaft, Teilnahme und Versuch, nicht angesprochen werden. Nur am Rande, ohne nähere Erläuterungen, wird erwähnt, daß das Merkmal der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat genauerer gesetzlicher Kriterien bedürfe und daß die fortgesetzte Tat gesetzlich definiert werden müsse⁸¹. Der vorgeschlagene Wegfall der Versuchsstrafbarkeit bei Bagatelldelikten⁸² muß im Rahmen der allgemeinen Reformziele gesehen werden. Die Tatsache, daß die dogmatisch bedeutsamen Institute des Allgemeinen Teils kommentarlos übergangen werden, läßt nur den Schluß zu, daß die Reformkommission sich darin einig war, daß das bestehende rechtsdogmatische Gerüst des polnischen Strafrechts⁸³ keiner grundsätzlichen Änderungen bedarf und daß die angestrebten kriminalpolitischen Änderungen auf der bestehenden dogmatischen Basis zu vollziehen sind.

Zusammenfassend läßt sich zu den Reformvorschlägen des Allgemeinen Teils sagen, daß sie nicht dogmatisch, sondern allein kriminalpolitisch motiviert und ausgerichtet sind. Der Entwurf verfolgt das Ziel, die Strafe zu einer auf einem sozialen Konsens beruhenden, humanen⁸⁴ und in erster Linie in den Händen der Gerichte liegenden Reaktion des Staates auf Kriminalität zu machen. Auffallend für den Leser der Reformvorschläge ist die außerordentlich allgemein gehaltene Formulierung der in dem Entwurf enthaltenen Grundsätze. Es ist zu befürchten, daß die teilweise sehr allgemeinen Formeln im Gesetzgebungsverfahren bei Bedarf anders interpretiert werden, als es sich die Kommission vorgestellt hat. Aus diesem Grund muß abgewartet werden, ob es mit Hilfe der vorgeschlagenen Novelle des Allgemei-

⁸⁰ Die bisher in der Praxis eingesetzten freiwilligen Bewährungshelfer sind für ihre Aufgabe in der Regel zu schlecht ausgebildet und werden nicht bezahlt, weshalb es verständlich ist, daß sie ihre Aufgaben nicht mit dem nötigen Ernst und Engagement erfüllen. Vgl. hierzu Buchala, Gazeta Prawnicza 1988, Nr. 2, S. 1.

⁸¹ Entwurf 1988, S. 15.

⁸² Entwurf 1988, S. 18.

⁸³ Vgl. Weigend, Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Strafrechtsdogmatik in Polen, ZStW 90 (1978), S. 481.

⁸⁴ Vgl. dazu ausführlich Spotowski, Zasada humanizmu jako dyrektywa reformy prawa karnego (Der Grundsatz der Humanität als eine Direktive der Strafrechtsreform), Państwo i Prawo 1988, Nr. 9, S. 115.

nen Teils wirklich gelingen wird, die Freiheitsstrafe im zukünftigen polnischen Strafrecht auf eine ultima ratio zu beschränken.

III. Reformvorschläge zum Besonderen Teil

1. Allgemeine Ziele der Reform des Besonderen Teils

Die von der Reformkommission zum Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs formulierten fragmentarischen Zielsetzungen zeichnen sich ebenfalls durch ihren pragmatischen Charakter aus. Es geht der Kommission in erster Linie um die Konzentration der zur Zeit in unzähligen Nebengesetzen verstreuten Strafvorschriften im Strafgesetzbuch, dessen Besonderer Teil durch eine übersichtliche Einteilung der Straftaten eine bessere Systematik erhalten soll⁸⁵. Als „Nebenprodukt“ der von ihr vorgenommenen gründlichen Analyse der im geltenden Recht vorhandenen Straftatbestände schlägt die Kommission die Entkriminalisierung einiger wenig gesellschaftsgefährlicher Verhaltensweisen vor. Auch die Neuerungen im Besonderen Teil spiegeln den Willen der Kommission wider, das Strafrecht zum effizienten Instrument einer den neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Polen angepaßten Kriminalpolitik zu machen.

a) Straftaten gegen politische und wirtschaftliche Grundinteressen des Staates

Die von der Kommission verfolgte Entkriminalisierungstendenz wird schon bei dem in Polen — ähnlich wie in anderen sozialistischen Staaten — bedeutungsvollen Bereich der politischen Kriminalität sichtbar. Die Kommission schlägt hier vor, nur Angriffe auf grundlegende politische und wirtschaftliche Werte des Staates zu kriminalisieren, nämlich auf die Unabhängigkeit des Staates, die Sicherheit des politischen Systems, die territoriale Unantastbarkeit sowie die innere und äußere Sicherheit des Staates⁸⁶. Angriffe gegen diese Rechtsgüter sollen den Kern des politischen Strafrechts ausmachen. Die hier geltenden besonderen Regelungen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit (z. B. Versuch, Vorbereitung und tätige Reue) sollen unter Einbeziehung neuer kriminalpolitischer Gesichtspunkte modernisiert werden⁸⁷.

⁸⁵ Entwurf 1988, S. 18.

⁸⁶ Entwurf 1988, S. 18.

⁸⁷ Entwurf 1988, S. 18.

b) Straftaten gegen die öffentliche Sicherheit

Bei den Straftaten gegen die öffentliche Sicherheit tendiert die Kommission eher zu einer weiteren Kriminalisierung und schlägt eine Ergänzung der bestehenden Tatbestände vor. So soll die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr in alkoholisiertem Zustand strenger bestraft werden. Tatbestände für Flugzeugentführung und andere Formen des Terrorismus sollen eingeführt werden⁸⁸. Hier reagiert die Kommission allerdings nur auf neue Erscheinungen der Kriminalität und hält sich mit ihren Vorschlägen im Rahmen der Aufgabe, für gefährliche Formen des Verbrechen eine adäquate strafrechtliche Reaktion zur Verfügung zu stellen.

c) Straftaten gegen das Vermögen sowie Wirtschaftsdelikte

Der Schwerpunkt der Reformvorschläge zum Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs liegt eindeutig im Bereich der Vermögens- und Wirtschaftsdelikte. Hier zeigt sich besonders deutlich die Bemühung der Kommission um die Anpassung des Strafrechts an die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen und an die bereits beschlossenen Wirtschaftsreformen⁸⁹. Der vom polnischen Staat seit einigen Jahren zumindest verbal geförderte Umbau der Wirtschaft in Richtung auf eine Selbstfinanzierung und Gewinnerwirtschaftung durch die vergesellschafteten Produktionsbetriebe sowie einen freieren Markt und die breitere Beteiligung privaten Kapitals an der Produktion, am Handel und im Dienstleistungssektor zwingt zu einer Korrektur auch des strafrechtlichen Instrumentariums. An erster Stelle steht die Forderung nach einer Gleichstellung aller Arten des Eigentums bezüglich des strafrechtlichen Schutzes⁹⁰. Im Wirtschaftsbereich ist mit neuen

⁸⁸ Entwurf 1988, S. 19.

⁸⁹ Vgl. zu den polnischen Wirtschaftsreformen *Poprzeczko*, Jak się będziemy konsolidować (Wie werden wir uns konsolidieren?), *Polityka* 1988, Nr. 46, S. 6 mit wichtigen Nachweisen zu den neuesten rechtlichen Reformgrundlagen; *Bar*, *Przekształcanie podstaw prawnych reformy gospodarczej* (Die Veränderung der Rechtsgrundlagen für die Wirtschaftsreform), *Państwo i Prawo* 1988, Nr. 3, S. 3; *Malinowski*, *Drogi i rozdroża prawa reformy gospodarczej* (Wege und Irrwege des Wirtschaftsrechts), *Państwo i Prawo* 1988, Nr. 8, S. 50.

⁹⁰ Es handelt sich dabei vor allem um den gleichen rechtlichen Schutz jeder Form von Privateigentum (private Unternehmen, Genossenschaften, Gesellschaften usw.), das derzeit im Vergleich zum gesellschaftlichen Eigentum rechtlich benachteiligt ist. Vgl. dazu *Pływaczewski*, *Wokół prawno-karnej ochrony mienia społecznego i prywatnego* (Über den strafrechtlichen Schutz des gesellschaftlichen und privaten Vermögens), *Państwo i Prawo* 1988, Nr. 7, S. 110.

Straftatbeständen dem Umstand Rechnung zu tragen, daß neue Wirtschaftsformen eingeführt wurden⁹¹.

Eine Reihe der bestehenden strafrechtlichen Verbote soll in Zukunft auf Vermögensbestände ausgedehnt werden, die nicht vergesellschaftet sind. Das gilt z. B. für den Diebstahl von bedeutenden Vermögenswerten (Art. 201 StGB) und für die Unterschlagung des im Zusammenhang mit einer Funktion oder Stellung anvertrauten Vermögens (Art. 200 StGB). Wie bereits ausgeführt⁹², soll die im Rahmen der aktuellen Wirtschaftsverhältnisse bestehende Privilegierung des gesellschaftlichen Eigentums dadurch aufrechterhalten werden, daß Angriffe auf dieses Eigentum bei der Strafzumessung als erschwerend zu berücksichtigen sind. Auf dem Weg über die Strafzumessung wird somit die von der Kommission vorgeschlagene Gleichstellung des strafrechtlichen Eigentumsschutzes wieder relativiert.

d) Straftaten gegen die Tätigkeit staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen

Der einzige, noch sehr allgemein formulierte Änderungsvorschlag der Kommission in diesem Bereich hätte im Falle seiner Durchsetzung erhebliche praktische Bedeutung. Es wird nämlich gefordert, alle Staatsfunktionäre bei der vorschriftsmäßigen Erfüllung ihrer Pflichten sowohl gleichermaßen zu schützen als auch gleichermaßen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen⁹³. Dies würde die Privilegierung der Polizei und anderer Sicherheits- und Ordnungsorgane sowie ihrer Funktionäre nach Art. 234 StGB⁹⁴ beseitigen.

e) Straftaten gegen die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung

Beide Kapitel des Strafgesetzbuchs sieht die Kommission als reformbedürftig an. Danach muß eine Anpassung der Tatbestände an

⁹¹ Entwurf 1988, S. 20. Die Kommission schlägt vor, die Tatbestände der Mißwirtschaft, der Verschwendung von Wirtschaftsgütern und der Verursachung von Verlusten (Art. 217 ff. StGB) zu novellieren. Vgl. dazu ausführlich *Buchala*, Nowe ujęcie karalnego marnotrawstwa i niegospodarności (Neue Fassung des Tatbestandes der strafbaren Mißwirtschaft), *Paestra* 1986, Nr. 5–6, S. 49.

⁹² Siehe S. 433.

⁹³ Entwurf 1988, S. 20.

⁹⁴ Art. 234 StGB lautet:

§ 1 Wer einen tätlichen Überfall auf einen Funktionär der Bürgermiliz oder eines anderen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit berufenen Organs im Zusammenhang mit der Erfüllung von dessen Dienstobliegenheiten begeht, wird mit Freiheitsentziehung von sechs Monaten bis zu acht Jahren bestraft.

§ 2 Wer einen tätlichen Überfall der in § 1 bezeichneten Art unternimmt und eine schwere Körperverletzung oder Gesundheitsbeschädigung verursacht, wird mit Freiheitsentziehung von mindestens drei Jahren bestraft.

die veränderten sozialen und politischen Verhältnisse in Polen erfolgen. Über die konkrete Gestaltung der Reform in diesem Bereich wird allerdings nichts Näheres mitgeteilt.

f) Sonstige Reformvorhaben

Damit wären die im Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs geplanten Veränderungen bereits vorgestellt. Die Kommission deutet aber an, daß noch einiges an Reformarbeit bevorsteht. So entspreche das polnische Strafrecht in vielen Punkten nicht den von Polen ratifizierten internationalen Konventionen und Verträgen⁹⁵. Die von der Kommission als dringlich geforderte Anpassung würde bedeuten, daß insbesondere die im polnischen Strafrecht fehlenden Tatbestände gegen Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schaffen wären. Dies könnte in einem neuen Kapitel im Strafgesetzbuch selbst oder aber durch ein Spezialgesetz geschehen. Letzteres widerspräche jedoch der von der Kommission erhobenen Forderung, die Straftatbestände im Strafgesetzbuch zu konzentrieren.

Die katastrophale Lage der polnischen Umwelt⁹⁶ sowie das international gestiegene Umweltbewußtsein haben die Reformkommission zu der Überlegung veranlaßt, die derzeit im Strafgesetzbuch enthaltenen wenigen strafrechtlichen Umweltschutzregelungen zu überprüfen und zusammen mit anderen Umweltstraftatbeständen⁹⁷ in einem eigenen Kapitel im Strafgesetzbuch zusammenzufassen. Dieser sehr zu begrüßende Vorschlag wird aber wohl auf Widerstand stoßen.

2. Ausblick

Die Lektüre sowohl der konkreten Reformvorschläge als auch der allgemeinen Reformbestrebungen, die in den „Grundsätzen der Strafrechtsreform“ nicht nur zum materiellen Strafrecht, sondern auch zum Strafprozeß- und Strafvollzugsrecht zum Ausdruck kommen, könnten den Leser optimistisch stimmen. Skepsis erscheint aber weiterhin angebracht. Die Reform des polnischen Strafrechts darf nämlich nicht isoliert von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen der letzten Jahre gesehen und bewertet werden. Auch die jetzt vorbereitete Strafrechtsreform hat in Polen mit großem

⁹⁵ Entwurf 1988, S. 21.

⁹⁶ Vgl. dazu ausführlich *Weigend*, Landesbericht Polen, in: *Eser/Heine* (Hrsg.), Umweltstrafrecht in Europa (in Vorbereitung).

⁹⁷ Dies betrifft in erster Linie Straftatbestände des Umweltschutzgesetzes vom 31. 1. 1980 (Dz. U. vom 11. 2. 1980, Nr. 3, Pos. 6, mit späteren Änderungen).

Widerstand der Praxis und der Bürokratie zu rechnen. Die progressive polnische Strafrechtswissenschaft hat schon während der Beratungen in der Kommission und bei den Abstimmungen über konkrete Reformvorschläge manche Niederlage hinnehmen müssen. Daß einige Vorschläge nicht mehrheitlich durchgesetzt werden konnten⁹⁸, hat der Reform aber nur partiell geschadet. Abzuwarten bleibt, welche Kritik oder gar Ablehnung die „Grundsätze der Strafrechtsreform“ bei der nun folgenden Diskussion von seiten der politischen, sozialen und beruflichen Interessengruppen erwartet. Wenn aber die endgültige Strafrechtsreform in Polen dem hier vorgestellten ersten Entwurf auch nur annähernd entsprechen sollte, wird man von einer für das heutige Polen fortschrittlichen Reform sprechen dürfen.

⁹⁸ Z. B. die Abschaffung der Todesstrafe, das Geldstrafensystem und die gerichtliche Zuständigkeit für Verfahrenseinstellungen.

Die Straftat der staatsfeindlichen Propaganda in Jugoslawien*

Von Professor Dr. Georgi Marjanović, Skopje (Jugoslawien)

In Jugoslawien ist eine Bewegung entstanden, die sich für die Abschaffung der Strafvorschrift über die staatsfeindliche Propaganda (Art. 133 jStG)¹ einsetzt. Die Philosophische und die Soziologische Gesellschaft Sloweniens haben jeweils einstimmig Initiativen für die Abschaffung der sog. Meinungsdelikte verabschiedet. Die Forderung nach Streichung des Art. 133 jStG wurde auch auf dem IX. jugoslawischen Schriftstellerkongreß in Novi Sad im April 1985 erhoben. Ferner äußern sich Tages- und Wochenpresse häufig gegen Art. 133 jStG. Viele Jugendliche tragen ein Abzeichen mit der durchgestrichenen Zahl 133.

Auf Beschluß der zuständigen Ausschüsse der Bundesversammlung sowie der Bundesregierung wurde vom Bundesjustizministerium ein Arbeitspapier über die möglichen Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzes der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) erstellt. Die erste Fassung dieser Schrift läßt bezüglich des Tatbestandes der staatsfeindlichen Propaganda keine Bereitschaft erkennen, auf die Forderungen der Öffentlichkeit einzugehen, sondern zeigt ein erstaunliches Unverständnis gegenüber dieser gesellschaftlich sehr empfindlichen Materie.

* Der Verfasser dankt Herrn Universitätsdozent Dr. Kurt Schmoller, Salzburg, und Herrn Universitätsassistent Dr. Klaus W. Krainz, Graz, für die Hilfe bei der Übersetzung dieses Textes.

¹ Siehe meine erste Stellungnahme auf dem juristischen Symposium „Odnos morala i prava“ (Das Verhältnis zwischen Moral und Recht), Belgrad, Juni 1982; Marjanović, Neke moralne dileme našeg krivičnog prava (Einige moralische Dilemmata unseres Strafrechts), Radničko Samourpravljanje 1982, Nr. 2, S. 125; ferner auf der Tagung der jugoslawischen Vereinigung für Strafrecht und Kriminologie, Struga, Oktober 1983; ders., O problemu političke delinkvencije u Jugoslaviji (Über das Problem der politischen Delinquenz in Jugoslawien), Scientia Yugoslavica 1984, Nr. 1–2, S. 55; auf einer Konferenz der Strafrechtslehrer Jugoslawiens in Zagreb, Mai 1986; ders., Za državnopravni pristup uredjenju zaštite države (Für einen staatsrechtlichen Zugang zu der Staatsschutzfrage), Književna Reč 1986, Nr. 280, S. 5; ders., Neprijateljska propaganda (Die feindliche Propaganda), Godišnik na pravniot Fakultet vo Skopje XXXI, 1986, S. 175.